

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Lagos Präsidentschaftskandidat in Chile

Sieger der Vorwahlen im Regierungslager „Concertación“

oe. BUENOS AIRES, 31. Mai Mit einer klaren Mehrheit von 71,34 Prozent hat der Kandidat der Sozialistischen Partei in Chile, Ricardo Lagos, am Sonntag eine Abstimmung innerhalb der derzeit regierenden Parteienallianz, der „Concertación“, über ihren Bewerber bei den nächsten Präsidentschaftswahlen für sich entschieden. Sein Rivale, der Christdemokrat Andrés Zaldivar, erhielt nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis lediglich 28,66 Prozent der Stimmen. Damit konzentriert sich die Wahl im Dezember auf Lagos als Vertreter der Regierungsparteien und Joaquín Lavín, der von der ultrarechten „Unabhängigen Demokratischen Union“ (UDI) nominiert wurde und das Bündnis der UDI mit der Partei der Nationalen Erneuerung repräsentiert.

Lagos, dem die weitaus größeren Chancen zugerechnet werden, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, wäre das erste Staatsoberhaupt sozialistischer Couleur in Chile seit Salvador Allende, dessen Regierung 1973 durch den blutigen Putsch des Generals Pinochet gestürzt wurde. Die beiden seit der Rückkehr des Landes zur Demokratie im Jahr 1990 gewählten Präsidenten, Patricio Aylwin und der derzeitige Amtsinhaber Eduard Frei, gehören zur Christdemokratischen Partei. Zum ersten Mal hatte in Chile die Öffentlichkeit in derartigem Umfang Gelegenheit, bei der Vorauswahl der Präsidentschaftskandidaten mitzuwirken. Eineinhalb Millionen Wahlberechtigte hatten sich beteiligt, weit mehr, als erwartet worden war. Ausgeschlossen von der Teilnahme waren 381 663 Mitglieder der rechten Oppositionsparteien und der Kommunistischen Partei.

Die Vorgänge um den ehemaligen chilenischen Diktator Pinochet, der sich in Großbritannien einem Auslieferungsverfahren stellen muß, hatten offenbar keinen Einfluß auf die Wahl. Pinochet hatte im vergangenen Jahr als auf eigenes Betreiben ernannter „Senator auf Lebenszeit“ eine gewisse Sympathie für den Senatspräsidenten Zaldivar erkennen lassen. Zaldivars politischer Mentor war der Vater des jetzigen Präsidenten, Eduardo Frei Montalva. Während der Pinochet-Diktatur lebte Zaldivar in Madrid.

Der einundsechzigjährige Lagos, Rechtsanwalt und Wirtschaftswissenschaftler, verbrachte die Zeit der Pinochet-Herrschaft in Buenos Aires und in Nordamerika. Nach seiner Rückkehr war er unter anderem Wirtschaftsprofessor, Generalsekretär der „Universidad de Chile“ in Santiago und Direktor der Sozialwissenschaftlichen Lateinamerika-Fakultät. In dieser Position wurde er auch international bekannt. Nach dem Attentat auf den damals noch amtierenden Diktator Pinochet wurde Lagos verhaftet und zwei Wochen lang als angeblicher „intellektueller Urheber“ festgehalten. Zur populären Figur wurde Lagos 1988, als er in einem Fernsehprogramm Pinochet gegenüberstand und dabei dem Despoten die Stirn bot. 1993 unternahm er einen ersten

zu werden, doch unterlag er dem jetzigen Präsidenten Frei. In dessen Regierung war er zunächst Erziehungs-, später Bauminister. 1998 gab er das Amt auf, um sich seiner Präsidentschaftskandidatur zu widmen.

Lagos und Zaldivar unterscheiden sich rein äußerlich schon wegen ihrer Körpergröße, Zaldivar mißt nach offizieller Mitteilung 1,60 Meter. Die politischen Programme der beiden differierten indes trotz ihrer unterschiedlichen politischen Heimat zuletzt fast nur in Nuancen. Trotzdem wird die überwältigende Zustimmung für Lagos gern mit dessen Eintreten für eine soziale



Ricardo Lagos

Foto AP

Abfederung der Wirtschaftspolitik erklärt, die einen Sozialismus à la Allende allerdings nur noch in Spurenelementen enthält. Bei den Christdemokraten diagnostizierten Beobachter unterdessen Ermüdungs- und Verschleißerscheinungen. Innerhalb der Concertación wird sich zweifellos das Kräfteverhältnis durch die Kandidatentür zugunsten der Sozialisten verändern. Der unterlegene Zaldivar gestand schon zwei Stunden nach Schließen der Wahllokale seine Niederlage ein, versicherte den Rivale aber sogleich der weiteren Zusammenarbeit und umarmte ihn. Größere Spannungen innerhalb der Concertación oder gar ein Auseinanderbrechen der Regierungskoalition sind deshalb wohl kaum zu

3956 21